

# Verwandelt die Wahl Berlusconis Italien zur „Bananenrepublik“?

Bislang galten die Italiener in Europa eigentlich immer als modern, kultiviert und stilvoll. Doch seit sich abzeichnete, dass Silvio Berlusconi als Sieger aus den Wahlen hervorgehen würde, wird Italien in den europäischen Leitmedien als uneuropäische, mitunter extremistische und korrupte Bananenrepublik porträtiert.

Die englische Tageszeitung *The Economist* brachte die Kampagne ins Rollen. Unter der Überschrift „Warum Silvio Berlusconi unfähig ist, Italien zu führen“ fuhr das Blatt einen Generalangriff auf die italienische Demokratie: „In jeder Demokratie, die sich selbst ernst nimmt, wäre es undenkbar, dass ein Mann Ministerpräsident werden kann, der erst kürzlich u.a. der Geldwäsche, Mord, Verbindung zur Mafia, Steuerhinterziehung und Bestechung von Politikern, Richtern und Steuerfahndern bezichtigt wurde“ (28.4.1).

In die gleiche Kerbe schlugen Spaniens führende konservative Tageszeitung *El Mundo*, die französische Zeitung *Le Monde* sowie die *Süddeutsche Zeitung*. Die Tatsache, dass einzig die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher in einem Brief an die italienische Presse für Berlusconi Partei ergriff, ließ die Kritiker nicht verstummen, sondern schien sie noch zu beflügeln.

Die Kritik an der Wahl Berlusconis fußt zum einen auf seiner Rolle als Medienzar, zum anderen auf den immer wieder gegen ihn erhobenen Anklagen und Verdächtigungen wegen krimineller Machenschaften. So wird ihm vorgeworfen, einer der reichsten Männer Italiens zu sein und als Geschäftsmann sowohl im Fernseh- und Fußballgeschäft (aber auch in den Bereichen Finanzdienstleistungen, Verlagswesen, Immobilien, Film, Videoverleih, Telefonverzeichnissen und dem Internet) über große Beteiligungen und Einfluss zu verfügen.

Dies, so heißt es, passe nicht in das moderne politische Europa im Stile des britischen Premierministers Tony Blair oder des deutschen Kanzlers Gerhard Schröder. Deren Politik habe nichts mit der klassischen Besitzstands- und Interessenpolitik ihrer jeweiligen konservativen Vorgängerregierungen gemein.

Berlusconi hingegen argumentiert nicht zu Unrecht, er sei gerade aufgrund seines Reichtums nicht von der Ausübung politischer Ämter abhängig und habe die Möglichkeit, „unabhängiger“ zu agieren als

**Viel Auswahl hatten die Italiener bei ihrer Regierungswahl nicht. Starke Alternativen zu Berlusconi „Haus der Freiheit“ fehlten. Statt faschistoider Tendenzen in der Bevölkerung spricht vieles für Wahlverdrossenheit und Entleerung der Politik, meint Dominic Standish.**

teilt worden.

Dem neuen italienischen Regierungschef stehen immer noch Verfahren wegen falscher Buchführung, Bestechung, Steuerhinterziehung und wegen Verletzung des Anti-Trust-Gesetzes in Spanien mit der Medienfirma Telecinco ins Haus. Balthasar Garzon, der auch die Untersuchungen im Falle des ehemaligen chilenischen Diktators Pinochet leitete, fordert die Aufhebung von Berlusconi Immunität als Mitglied des Europäischen Parlaments, so dass den Anschuldigungen gegen ihn nachgegangen werden kann.

Obwohl Berlusconi zweifelhafte Geschäftspraktiken zu kritisieren sind, sollte nicht vergessen werden, dass sich auch andere mächtige Politiker wie Helmut Kohl und Bill Clinton Anklagen und Untersuchungen zu stellen hatten.

Insbesondere in der politischen Klasse Italiens sind Unregelmäßigkeiten

## Berlusconi argumentiert nicht zu Unrecht, er sei gerade aufgrund seines Reichtums nicht von der Ausübung politischer Ämter abhängig.

andere Politiker. Auffällig ist zudem, dass der allseits bekannte Reichtum und der ökonomische Einfluss der amerikanischen Präsidentenfamilie Bush den *Economist* nicht davon abhielt, George W. Bush in seinem Wahlkampf zu unterstützen.

Die zweite Anschuldigung verbindet sich mit den Unregelmäßigkeiten in Berlusconi Unternehmen. In der Tat wurde der Unternehmer bereits der Korruption für schuldig befunden, jedoch konnte er entweder erfolgreich den Anschuldigen widersprechen oder aber die Anklagen wurden fallen gelassen. Wenngleich ihm kriminelle Machenschaften nachgewiesen werden konnten, ist Berlusconi bis heute nicht rechtskräftig verur-

dieser Art zudem nichts Neues. Erst kürzlich wurde der siebenmalige italienische Ministerpräsident Giulio Andreotti, auch bekannt als „Mr. Italy“, von dem Vorwurf freigesprochen, gar mit der Mafia und zahlreichen Morden in Verbindung gestanden zu haben. Die Fülle an Beweise gegen ihn ist jedoch so enorm, dass das Verfahren in diesem Jahr erneut aufgerollt wurde.

Die europäischen Medien beschränkten ihre Kritik jedoch nicht allein auf Berlusconi. Die Koalition „Haus der Freiheit“, die er anführt, besteht aus der früheren faschistischen Partei „Nationale Allianz“ (AN), der

„Lega Nord“ (NL) und einer kleinen sizilianische Rechtsaußen-Partei, dem „Movimento Sociale Tricolore“ (MST).

Obwohl man keine dieser Parteien als faschistisch bezeichnen kann, sind Mitglieder derselben durch rassistische Bemerkungen auffällig geworden. Angesichts der starken Reaktion auf den Wahlerfolg von Jörg Haider in Österreich haben sich manche Politiker, darunter der belgische Außenminister Louis Michel, bereits dahingehend geäußert, dass der Eintritt solcher Parteien in die neue italienische Regierung die Ächtung durch die Europäische Union nach sich ziehen sollte.

Da aber Italien ein wichtiger Verbündeter in der EU ist, wird es ernster genommen als Österreich. Deutschlands Innenminister Otto Schily hat Sanktionen gegen Italien mit dem Verweis, dass „die Wahl des italienischen Volkes respektiert werden“ müsse, von vornherein ausgeschlossen. Eventuell hat die Europäische Kommission auch aus der Krise des letzten Jahres gelernt, die durch die offenen Auseinandersetzungen über den Umgang mit Österreich ausgelöst wurde.

Der *Economist* und andere Publikationen haben natürlich das Recht, die italienischen Politiker zu kritisieren. Aber Sanktionen oder andere Formen der Intervention innerhalb der EU dürfen nicht die demokratische Wahl des italienischen Volkes unterminieren, nur weil das italienische Wahlergebnis den Vorstellungen und dem neuen Stil der europäischen so genannten Mitte-Links-Regierungen nicht entspricht.

Dass es keinen Anstieg eines rassistisch motivierten Wahlverhaltens der Italiener gibt, ist schon daran abzulesen, dass die drei offen rassistischen Parteien zum Teil erhebliche Wahlschläppen erlitten. Die Lega Nord verlor mehr als die Hälfte ihrer Wähler, die Nationale Allianz verlor 3 Prozent im Vergleich zu den Wahlen 1996, und die MST erhielt weniger als 1 Prozent der Wählerstimmen.

Die Umfragen zeigten überdies, dass 20 Prozent der Wähler eine Woche vor den Urnengang noch keine Wahlentscheidung getroffen hatten, die Wahlentscheidung also nicht auf Grundlage langfristiger Zielsetzungen, sondern eher „aus dem Bauch heraus“ und als Protestäußerung getro-

Profil, und seine Erfahrung in der nationalen Regierung beschränkte sich auf einen einzigen Tag als Umweltminister.

Der fehlende Unterschied in den Politikgehalten zwischen den beiden Koalitionen hatte zur Folge, dass die Wahlkampfthemen keineswegs radikal und politisch, sondern banal und oberflächlich waren. So wurde z.B. darüber gestritten, welcher der beiden Kandidaten „attraktiver“ sei. Als Wahlkampfaktion versandte Berlusconi das Buch *Eine italienische Geschichte* an 11 Millionen Haushalte. Es bestand aus einem Photoalbum von Silvio Berlusconi, dem Familien-, Geschäfts- und dem großen Staatsmann.

Kein Wunder, dass die Italiener sich von einem Wahlkampf auf derart niedrigem Niveau desinteressiert abwandten. Umfragen zeigten, dass die meisten Italiener sich nicht besonders für Berlusconis Interessenkonflikt zwischen Politik und Geschäft interessierten, obwohl die europäische Presse so eingehend darüber berichtet hatte.

Viele westlichen Kommentatoren waren trotz des Wahlausganges begeistert von der „hohen“ Wahlbeteiligung von 81,2 Prozent. Für italienische Verhältnisse ist eine Wahlbeteiligung von 81,2 Prozent hingegen kein besonders gutes Ergebnis. Bei den letzten Wahlen 1996 wurde die Wahlbeteiligung von 82,9 Prozent noch als ein bedrohliches Zeichen für die wachsende Gleichgültigkeit der Wähler diskutiert. Traditionell war die Wahlbeteiligung in Italien schon immer eine der höchsten innerhalb Europas: Zwischen 1946 und 1976 lag sie durchschnittlich bei 93 Prozent.

Die europäische Begeisterung ist daher lediglich vor dem Hintergrund der allenthalben in Europa diskutierten Politik- und Wahlverdrossenheit zu verstehen. So war es nicht verwunderlich, dass die langen Schlangen vor den italienischen Wahllokale Eindruck machten, wengleich diese sich nur deshalb bildeten, weil weniger Wahllokale und Wahlurnen zur Verfügung standen.

In einer Gesellschaft, die – wie die italienische in der Vergangenheit – in Christdemokraten und Kommunisten geteilt war, geriet die Wahl zu

## Sanktionen oder andere Formen der Intervention innerhalb der EU dürfen nicht die demokratische Wahl des italienischen Volkes unterminieren.

fen wurde. Zudem fällt auf, dass sich die politischen Positionen der Berlusconi-Koalition kaum von denen der führenden europäischen Regierungen oder der bisherigen linken Regierungskoalition „Olivenbaum“ unterscheiden. Berlusconis Koalition erhielt aufgrund von Steuersenkungsplänen, der Betonung der europäischen Integration und der Ankündigung von Reformen im Bildungswesen den Zuschlag der Wähler. Unterschiede zwischen den beiden Parteiblöcken sind lediglich im Umfang der versprochenen Steuersenkungen, in der Einwanderungspolitik sowie in der Ausrichtung der Bildungsreform zu verzeichnen.

Lediglich kleine Parteien, die jedoch keine Chance hatten, in die Verantwortung gewählt zu werden, warteten mit radikalen alternativen Programmen auf. So forderten die Radikalen um Emma Bonino u.a. freie wissenschaftliche Forschung (z.B. Embryonenforschung), die Einführung der Abtreibungspille sowie die Legalisierung von sanften Drogen und von Sterbehilfe. Die neu gegründete Kommunistische Partei (RC) sprach sich gegen die NATO und für mehr Mitbestimmungsrechte für Arbeiter aus. Aber diese Parteien stellten keine Bedrohung für die Berlusconi-Koalition dar: Boninos Partei fiel unter 4 Prozent und verfehlte damit die notwendige Stimmenanzahl zum Einzug ins Parlament, die RC schaffte diesen Schritt mit etwas über 5 Prozent nur knapp.

Die bisherige Regierungskoalition „Olivenbaum“ hatte Berlusconi inhaltlich wenig entgegenzusetzen. Ihr Führer und früherer Bürgermeister von Rom, Francesco Rutelli, verfügte über kein eigenes politisches

einem politischen Akt von hoher Bedeutung, der das Elektorat stark mobilisierte. Heute hingegen ist das Wählen zu einem passiven und unwichtigen Akt der individuellen Auswahl zwischen zwei fast identischen Parteienkoalitionen geworden.

Trotz Versuchen seitens der Kandidaten und der europäischen Presse, den Wahlkampf als Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Rassisten oder Geschäftsmännern und Bürokraten darzustellen, war den meisten Wählern die Oberflächlichkeit des Parteienstreits bewusst.

In diesem Sinne muss man wohl – so bedauerlich es ist – auch die italienischen Wahlen als „modern“ bezeichnen. Der Trend zur inhaltlichen Entleerung von Politik und der daraus resultierenden Wahlverdrossenheit hat sich auch in Italien fortgesetzt. ■

.....  
Dominic Standish (dstandish@europe.com) schreibt regelmäßig Artikel für den italienischen Teil des *International Herald Tribune* und ist Fortschrittsberater in der Region Veneto. Sein Beitrag erschien erstmals im Online-Magazin SP!KED (www.spiked-online.com). Aus dem Englischen übersetzt von Eva Balzer.